



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM**88,95 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS**71,89 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES**5,525**

Milliarden Euro an Zuschüssen will die Bundesregierung künftig für die Übertragungsnetzkosten zahlen. Das bedeutet gegenüber 2026 eine Kürzung von einer Milliarde Euro.

KLIMASCHUTZ

Überschreitung des 1,5-Grad-Ziels erwartet

WASSERSTOFF

Wasserstoff-Dorf liefert Daten für den Netzbau

STROMNETZ

Sachsen Energie erhält EU-Zuschuss für Netzprojekt

Inhalt

TOP-THEMA

→ **GAS:** Ines legt Aktionsplan für Gasspeicherbefüllung vor

POLITIK & RECHT

- **KLIMASCHUTZ:** Überschreitung des 1,5-Grad-Ziels erwartet
- **GASKRAFTWERKE:** Erleichterung über EU-Genehmigung für neue Kraftwerke
- **POLITIK:** Bundesregierung kürzt Zuschuss zu Netzkosten
- **POLITIK:** Deneff fordert Effizienzstrategie für Energie- und Verteidigungspolitik

HANDEL & MARKT

- **STUDIEN:** Photovoltaik drückt den Börsenstrompreis
- **ELEKTROFAHRZEUGE:** Niederösterreicher kaufen Baywa-Ladenetz

TECHNIK

- **WASSERSTOFF:** Wasserstoff-Dorf liefert Daten für den Netzbau
- **E&M-PODCAST:** Energiesicherheit selbst herstellen
- **F&E:** TH Köln untersucht nachhaltige Solarmodule
- **STATISTIK DES TAGES:** Top-10 Betreiber von Großbatteriespeichern nach Speicherkapazität

UNTERNEHMEN

- **STROMNETZ:** Sachsen Energie erhält EU-Zuschuss für Netzprojekt

- **PERSONALIE:** Aus für Stadtwerke-Geschäftsführer in Wolfhagen
 - **UNTERNEHMEN:** EVM und Iqony arbeiten künftig zusammen
 - **VERTRIEB:** Enercity treibt KI-Strategie mit Vodafone-Tochter voran
 - **PERSONALIE:** Führungswechsel bei Byont Deutschland
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Energiekomplex größtenteils im Minus
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Ines legt Aktionsplan für Gasspeicherbefüllung vor



Der Aktionsplan der Initiative Energien Speichern. Quelle: INES

GAS. Versorgungssicherheit dürfe kein „marktwirtschaftliches Zufallsprodukt“ sein, heißt es vom Gasspeicherverband Ines, der jetzt einen „Aktionsplan Speichermarkt“ vorlegt.

Einen knappen Monat vor Beginn der Heizperiode sind Deutschlands Gasspeicher mit etwa 54 Prozent ungewöhnlich gering befüllt. Dies zu ändern sei Aufgabe des Marktes, hieß es zuletzt dazu immer wieder aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Doch dafür stimmen die Rahmenbedingungen nicht, antwortet der Branchenverband Initiative Energien Speichern (INES) und legt dazu in einem „Aktionsplan Speichermarkt“ jetzt eine Rechnung sowie Lösungsvorschläge vor.

Demnach ergebe sich für die Speichernutzer – also Gashändler und -lieferanten, die Kapazitäten in den deutschen Speichern nutzen, um Gas zwischen Ankauf und Verkauf zu lagern – aktuell bei der Nutzung von Monatskontrakten ein Spread (Preisdifferenz) am Terminmarkt von Minus 0,01 EUR pro MWh. Für die Berechnung nutzt Ines Daten der EEX vom 2. September 2026. Würden ausschließlich variable Kosten der Speichernutzung beachtet, entstünden darüber hinaus Kosten von 3,13 EUR pro MWh, sodass Speichernutzer mit einem Verlust von 3,14 Euro/MWh rechnen müssten. „Das bedeutet, dass für die Speicherbefüllung auf Basis aktueller Marktpreissignale selbst bei bestehender Buchung kein wirtschaftlicher Anreiz besteht“, heißt es in dem Papier der Ines.

Für die Speicherbetreiber – die den Händlern und Lieferanten die Kapazitäten und Infrastrukturen zur Verfügung stellen, ohne selbst Gas zur Versorgung ein- oder verkaufen zu dürfen – sei der wirtschaftliche Rahmen derzeit dementsprechend ebenfalls ungünstig: „Die Zahlungsbereitschaft der Speichernutzer muss sowohl die variablen Speicherkosten als auch die fixen Betriebskosten mittel- bis langfristig decken, damit ein Gasspeicher von ihnen wirtschaftlich betrieben werden kann“, schreibt Ines. Nur wenn die Speichernutzung auch die fixen Betriebskosten decke, könnten die Betreiber entsprechend reinvestieren. „Da unter aktuellen Marktpreisen bereits die variablen Kosten der Speichernutzung nicht gedeckt werden (negativer Marktwert), können erst recht nicht die fixen Betriebskosten des Gasspeicherbetriebs aus der Nutzung refinanziert werden.“

Kosten senken, Anreize schaffen

Als kurzfristige Entlastungsmaßnahme fordert der Verband daher die Abschaffung der Konvertierungsumlage und der Netzentgelte an Speicheranschlusspunkten. Hinzu kommen könnten vergünstigte staatliche Kredite, beispielsweise über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), um die Finanzierungskosten des eingelagerten Gases zu reduzieren. So ließen sich die Kosten um 1,16 Euro/MWh senken.

Ergänzend schlägt Ines weitere Ausschreibungen von Long-Term-Options (LTO) im September vor. Über LTO fragt der Marktgebietsverantwortliche Trading Hub Europe (THE) im Auftrag der Fernleitungsnetzbetreiber garantierte Ausspeicherleistungen an bestimmten Netzknoten nach. Nach Angaben des Verbands konnten Speichernutzer bei früheren regulären Ausschreibungen zusätzliche Umsätze von umgerechnet 3,5 Euro je MWh und bei Sonderausschreibungen von rund 9,7 Euro je MWh erzielen.

Die Wirkung des Instruments auf die gesamte Speicherbefüllung sei allerdings begrenzt. Nach Schätzung von Ines wurde mit den regulären und außerordentlichen LTO-Ausschreibungen 2026 bislang lediglich ein Speicherfüllstand von 8 bis 9 Prozent abgesichert. LTO dienen daher vor allem der Absicherung von Ausspeicherleistungen an Netzengpasspunkten und könnten nur Teil eines größeren Maßnahmenpakets sein.

Neuer Marktrahmen notwendig

Daher sieht der Verband über diese kurzfristigen Maßnahmen hinaus auch strukturellen Handlungsbedarf. Deutschland müsse zunächst festlegen, welches Niveau der Versorgungssicherheit erreicht werden soll, und darauf aufbauend einen Marktrahmen für Gasspeicher entwickeln. „Für eine verlässliche Gasversorgung in Deutschland brauchen wir im Winter gut gefüllte Gasspeicher. Deshalb müssen jetzt vermeidbare Kosten gesenkt und gezielt Anreize für zusätzliche Befüllung geschaffen werden“, lässt sich Ines-Geschäftsführer Sebastian Heinermann zitieren: „Der Speichermarkt braucht Rahmenbedingungen, die verhindern, dass Versorgungssicherheit ein marktwirtschaftliches Zufallsprodukt ist.“

Als mögliche Modelle nennt der Verband einen finanziellen Ausgleich zwischen Marktwert und Kosten des Speicherbetriebs sowie Verpflichtungen für Marktakteure zur Speichernutzung. Ines verweist dabei auf Regelungen in anderen EU-Staaten. In den Niederlanden würden beispielsweise Boni für die Befüllung eingesetzt, Österreich setze auf Verpflichtungen. Frankreich und Italien kombinierten Elemente beider Ansätze. (kmt)

Der „**Aktionsplan Speichermarkt**“ ist auf den Internetseiten der Ines abrufbar. // VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / Romolo Tavani

Überschreitung des 1,5-Grad-Ziels erwartet

KLIMASCHUTZ. Ein Bericht des UN-Umweltprogramms UNEP erwartet eine Überschreitung der 1,5-Grad-Grenze. Die Bundesregierung setzt dagegen auf Emissionsminderung, natürliche Senken und CO₂-Entnahme.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) warnt vor einer absehbaren Überschreitung der 1,5-Grad-Grenze. Im am 2. September veröffentlichten Bericht „Limiting Overshoot – Navigating exceedance of 1.5°C and pathways towards return“ kommen die Autoren zu dem Schluss, dass eine Rückkehr unter die Marke grundsätzlich möglich bleibt. Dafür müsse die Überschreitung aber so gering und so kurz wie möglich ausfallen.

Nach Angaben von UNEP befindet sich die Welt derzeit auf einem Pfad, der zu einer Erwärmung von etwa 2,6 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit führen würde. Vieles deute darauf hin, dass die 1,5-Grad-Grenze in den kommenden Jahren dauerhaft überschritten werde. Selbst bei sehr schnellen und umfassenden Klimaschutzmaßnahmen ließe sich der Temperaturanstieg dem Bericht zufolge voraussichtlich nur auf etwa 1,8 Grad begrenzen.

UNEP empfiehlt deshalb einen Pfad aus Überschreitung, Temperaturhöhepunkt und anschließendem Rückgang. Die Risiken und Auswirkungen des Klimawandels nähmen mit jedem zusätzlichen Bruchteil eines Grades und mit jedem weiteren Jahr oberhalb von 1,5 Grad zu. Einige Folgen seien zudem nicht umkehrbar.

UNEP-Exekutivdirektorin Inger Andersen erklärte bei der Vorstellung des Berichts in Nairobi, die Klimaschutzbemühungen müssten nun verstärkt und dürften nicht aufgegeben werden. UN-Generalsekretär Antonio Guterres nannte „Extremereignisse wie Hitze, Waldbrände und Überschwemmungen Warnsignale für die weitere Entwicklung“.

Bundesregierung reagiert mit Dreiklang

Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) sieht in der Emissionsminderung weiterhin den wichtigsten Ansatz. „Jedes Zehntelgrad weniger Erderhitzung schützt Menschen, Natur und Wirtschaft“, erklärte Schneider. Je schneller die Emissionen sanken, desto geringer seien die Schäden und desto

weniger CO₂ müsse später wieder aus der Atmosphäre entfernt werden.

Die Bundesregierung verfolge dabei einen Dreiklang aus Emissionsminderung, dem Schutz natürlicher Kohlenstoffspeicher und der Entwicklung technischer Verfahren zur CO₂-Entnahme. Grundlage ist das Bundes-Klimaschutzgesetz. Deutschland hat sich darin verpflichtet, bis 2045 Treibhausgasneutralität und nach 2050 Netto-Negativemissionen zu erreichen.

Mit dem im März beschlossenen Klimaschutzprogramm 2026 hat die Bundesregierung nach eigenen Angaben 67 zusätzliche Maßnahmen für Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft beschlossen. Sie sollen 2030 mehr als 25 Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich einsparen.

Vorgesehen sind unter anderem ein Ausbau der Windenergie, die Elektrifizierung von Industrie und Verkehr, klimafreundlichere Wärmenetze sowie Maßnahmen zur Kreislaufwirtschaft. Für die zusätzlichen Maßnahmen sollen von 2027 bis 2030 acht Milliarden Euro bereitstehen.

Natürliche Senken unter Druck

Als zweiten Baustein will die Bundesregierung natürliche Kohlenstoffspeicher stärken. Wälder, Moore, Böden, Auen, Gewässer und Meere können CO₂ aufnehmen und langfristig speichern. Gleichzeitig geraten diese Ökosysteme durch den Klimawandel und menschliche Nutzung selbst unter Druck.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass langfristig unvermeidbare Restemissionen bestehen bleiben werden. Sie erwartet diese insbesondere in der Landwirtschaft und bei bestimmten Industrieprozessen. Um nach 2050 Netto-Negativemissionen zu erreichen, soll deshalb zusätzlich CO₂ aus der Atmosphäre entfernt und dauerhaft gespeichert werden.

Greenpeace bewertet die Gewichtung der technischen CO₂-Entnahme kritischer. Klimaexperte Jannes Stoppel erklärte, natürliche CO₂-Senken wie Wälder und Moore müssten gestärkt werden, statt auf technische Lösungen zu setzen. Wälder und Böden seien wichtige Möglichkeiten, dem CO₂-Überschuss entgegenzuwirken. Zugleich müssten die Emissionen in allen Bereichen schnell sinken.

Anpassung wird wichtiger

Neben der Begrenzung des Temperaturanstiegs fordert UNEP auch eine stärkere Anpassung an die bereits absehbaren Folgen. Dazu zählen häufigere und intensivere Extremwetterereignisse, Schäden an Ökosystemen sowie Risiken für Gesundheit, Ernährungssicherheit, Wasserversorgung, Infrastruktur und Wirtschaft. Besonders gefährdet seien kleine Inselstaaten und tiefliegende Küstenstädte.

Mitautorin Shobha Maharaj von der University of the South Pacific betonte, „Anpassung darf nicht hinter dem Klimaschutz zurückstehen“. Beide Bereiche müssten gleichzeitig vorangetrieben werden, insbesondere in besonders gefährdeten Regionen.

Die Bundesregierung will nach eigenen Angaben auch international am Ziel des Pariser Übereinkommens festhalten. Eine Überschreitung der 1,5-Grad-Grenze ändere nichts an der grundsätzlichen Richtung der Klimapolitik. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



The poster for WindEnergy Hamburg 2026 features a worker in a white shirt and yellow safety gear on a rooftop, holding a rope. A large green circle with the text "Be part of it!" is overlaid on the image. The event logo, "WindEnergy Hamburg", is in the top right, with the tagline "The global on & offshore event". The dates "22 ————— 25 September 2026" are prominently displayed. At the bottom, logos for the organizing and partner organizations are listed.

Be part of it!

WindEnergy Hamburg
The global on & offshore event

22 ————— 25
September 2026

Organised by:  Global Partner:  European Partner:  Partners:   

Erleichterung über EU-Genehmigung für neue Kraftwerke



Quelle: Fotolia / Ralf Urner

GASKRAFTWERKE. Die EU-Kommission hat den deutschen Kapazitätsmechanismus genehmigt. Politik und Verbände begrüßen, dass die Ausschreibungen für neue steuerbare Kraftwerkskapazitäten starten können.

Die Europäische Kommission hat am 2. September den Ad-hoc-Kapazitätsmechanismus beihilferechtlich genehmigt. Er ist im Gesetz zur Sicherung der Versorgungssicherheit Strom und zur Bereitstellung neuer Kapazitäten (StromVKG) vorgesehenen. Damit kann die Bundesregierung wie geplant die Ausschreibungen für neue steuerbare Kapazitäten starten. Die erste Runde ist für den 8. September 2026 vorgesehen.

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) erklärte: „Jetzt kann das StromVKG für mehr Planungs- und Investitionssicherheit sorgen und damit für eine verlässlichere und perspektivisch günstigere Stromversorgung in Deutschland.“

Erste Ausschreibungen umfassen 9.000 MW

Der StromVKG-Kapazitätsmarkt soll zunächst die Versorgungssicherheit für das Jahr 2031 absichern. Dazu schreibt die Bundesnetzagentur schrittweise steuerbare Kapazitäten aus. Den ersten größeren Beitrag sollen sogenannte Langzeitkapazitäten wie Gaskraftwerke leisten. Dafür sind insgesamt rund 9.000 MW ausgeschrieben. Sie sollen längere Phasen mit geringer Erzeugung aus Wind- und Solarenergie, sogenannte Dunkelflauten, absichern. Damit können Kohlekraftwerke außer Betrieb gehen.

Die erste Ausschreibungsrunde startet am 8. September, eine zweite folgt am 29. Dezember 2026. Bis zu diesen Terminen können Betreiber ihre Gebote bei der Behörde einreichen. Anschließend entscheidet die Agentur über die Zuschläge.

Weitere 2.000 MW sollen im Mai 2027 ausgeschrieben werden. Für diese Runde gilt kein Langzeitkriterium.

In den Jahren 2027 und 2029 sind weitere Ausschreibungen geplant. Dabei sollen neben Kraftwerken und Speichern auch flexible Stromnachfrager und Bestandsanlagen berücksichtigt werden. Die Bundesnetzagentur soll die jeweiligen Ausschreibungsmengen anhand des aktuellen europäischen oder nationalen Versorgungssicherheitsmonitorings festlegen.

Bis zu 35 Milliarden Euro für Kraftwerke

Parallel zur Genehmigung des StromVKG hat die EU-Kommission auch die staatliche Förderung neuer Kraftwerkskapazitäten genehmigt. Deutschland darf dafür ab 2031 bis zu 35 Milliarden Euro bereitstellen. Vorgesehen sind insgesamt 11.000 MW neue Kraftwerkskapazität, die spätestens Ende 2031 am Netz sein sollen.

Die Anlagen sollen zunächst mit Erdgas betrieben werden. Spätestens 2045 müssen sie laut den Vorgaben klimaneutral mit grünen Gasen wie Wasserstoff oder Biomethan betrieben werden können. Die EU-Kommission begründet die Genehmigung mit dem Bedarf an zusätzlicher Versorgungssicherheit.

BDEW fordert schnelle Zuschläge

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) begrüßt die beihilferechtliche Genehmigung. Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae verwies darauf, dass der erste Gebotstermin am 8. September nun stattfinden könne. „Nach dreieinhalb Jahren Verhandlungen, verschiedenen Entwürfen und Verzögerungen sind damit die Voraussetzungen für neue steuerbare Kapazitäten geschaffen“, sagte sie.

Andreae fordert, die Zuschläge nach den Ausschreibungen zügig zu erteilen, damit die Projekte umgesetzt werden können. Gleichzeitig müsse Deutschland den geplanten umfassenden, technologieoffenen Kapazitätsmarkt für die Zeit ab 2032 ausgestalten. Die entsprechenden Regelungen sollen 2027 vorgelegt werden.

Auch der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) sieht in der Genehmigung eine Grundlage für neue Investitionen. VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing erklärte, auch kommunale Unternehmen prüften eine Teilnahme an den Ausschreibungen. Das Förderverfahren müsse allen geeigneten Unternehmen offenstehen, forderte er. So könnten neben großen Erzeugern auch Stadtwerke und kommunale Unternehmen an den Ausschreibungen teilnehmen.

Umweltverbände kritisieren Förderung

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisiert die EU-Entscheidung dagegen. Nach Ansicht der DUH begünstigt das Fördermodell neue fossile Gaskraftwerke und benachteiligt saubere Alternativen. Die Organisation hatte gemeinsam mit Green Planet Energy im August Beschwerde gegen die geplanten Subventionen bei der EU-Kommission eingereicht.

DUH-Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner bezeichnete die Genehmigung als problematisch. Zwar betone die EU-Kommission grundsätzlich die Technologieoffenheit des Fördermodells, gleichzeitig würden Batteriespeicher in der ersten Ausschreibungsrunde faktisch ausgeschlossen. Die DUH will die Entscheidung und ihre Begründung nun prüfen und weitere rechtliche Schritte erwägen.

Auch der Ökostromanbieter Green Planet Energy kritisiert die Entscheidung. Bereichsleiterin Politik und Kommunikation Carolin Dähling argumentiert, neue Gaskraftwerke würden die Abhängigkeit von Erdgasimporten fortschreiben. Die Energiekrise 2022 habe gezeigt, welche Risiken geopolitische Abhängigkeiten bei Erdgas bergen. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [!\[\]\(e9474ce1d70442456f8fe9c393ea149c_img.jpg\)](#) [!\[\]\(ffe2f3b8164b215a6319685156ac6550_img.jpg\)](#) [!\[\]\(b96ae9ffae94351d4c9f95c4ad403e54_img.jpg\)](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Bundesregierung kürzt Zuschuss zu Netzkosten



Quelle: Georg Eble

POLITIK. Die Bundesregierung will die Übertragungsnetzkosten bis 2029 mit jährlich 5,525 Milliarden Euro bezuschussen. Wirtschaftsverbände kritisieren die Kürzung um eine Milliarde Euro.

Die Bundesregierung hat am 3. September 2026 einen Gesetzentwurf zur Finanzierung der Übertragungsnetzkosten in den Jahren 2027 bis 2029 beschlossen. Das Kabinett sieht dafür jährliche Zuschüsse von 5,525 Milliarden Euro vor. Die Mittel sollen aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) kommen. Der Gesetzentwurf wird nun dem Bundestag und dem Bundesrat zugeleitet.

Mit der Regelung will die Bundesregierung nach eigenen Angaben die Stromkunden entlasten und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie unterstützen. Energiepreise seien ein entscheidender Standortfaktor, erklärte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE). Gerade angesichts des laufenden Ausbaus der Stromnetze und des Bedarfs an wettbewerbsfähigen Strompreisen solle der Zuschuss ein Signal an Haushalte und Unternehmen setzen.

Die Regelung knüpft an das Instrument für das Jahr 2026 an, als 6,5 Milliarden Zuschuss gewährt wurden. Damit soll für Übertragungsnetzbetreiber, Unternehmen sowie Verbraucher Planungssicherheit für die kommenden Jahre entstehen. Der Zuschuss soll unmittelbar über die Übertragungsnetzkosten wirken und damit die Netzentgelte für Stromkunden senken.

Kritik an der Kürzung

Wirtschaftsverbände bewerten den Beschluss allerdings kritisch. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl sieht insbesondere die geplante Verringerung des Zuschusses als problematisch an. Hauptgeschäftsführerin Kerstin Maria Rippel verweist darauf, dass die Wiedereinführung des Zuschusses zu Beginn des Jahres dazu beigetragen habe, die zuvor stark gestiegenen Netzentgelte wieder zu senken.

„Diese Maßnahme postwendend wieder zu kürzen, wäre ein fatales Signal“, erklärte Rippel. Das Ziel, die Stromkosten der Industrie dauerhaft zu reduzieren, werde dadurch erschwert. Angesichts des Drucks auf die Energiemärkte und der volatilen Strompreise brauche die Wirtschaft aus ihrer Sicht vielmehr langfristige Planungssicherheit. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl fordert deshalb, den Haushaltszuschuss von 6,5 Milliarden Euro vollständig beizubehalten und dauerhaft zu sichern.

Auch die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) warnt vor steigenden Stromkosten infolge der Kürzung. Sebastian Bolay, Bereichsleiter Energie, Umwelt und Industrie bei der DIHK, erklärte, Netzentgelte machten inzwischen bis zu 30 Prozent der Stromkosten von Unternehmen aus und seien damit zu einem wesentlichen Kostenfaktor geworden.

Weitere Unterstützung gefordert

Sollte der staatliche Zuschuss wie geplant um rund 15 Prozent sinken, werde dies nach Einschätzung der DIHK die Stromkosten für Unternehmen und private Verbraucher erhöhen. Besonders betroffen seien Betriebe, für die die angekündigte Senkung der Stromsteuer nicht umgesetzt worden sei.

Bolay fordert deshalb, die Unterstützung bei den Netzentgelten nicht zurückzufahren. Stattdessen solle die Bundesregierung weitere energiewirtschaftliche Umlagen aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Damit ließen sich die Stromkosten aus Sicht der DIHK langfristig reduzieren und Investitionen besser absichern. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)[^ Zum Inhalt](#)

Deneff fordert Effizienzstrategie für Energie- und Verteidigungspolitik



Quelle: Pixabay / Jörn Heller

POLITIK. Der Effizienzverband Deneff und die europäische Initiative für Energiesicherheit EIES wollen Energieeffizienz als Instrument der Sicherheitspolitik etablieren.

Die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (DENEFF) und die European Initiative for Energy Security (EIES) wollen die Senkung des Energiebedarfs stärker in der deutschen Sicherheits-, Industrie- und Verteidigungspolitik verankern. In einem am 3. September vorgelegten Policy Brief fordern die Organisationen unter anderem eine Energiesicherheitsstrategie, die Energieeffizienz als strategische Ressource einordnet. Auch für Bundeswehr und kritische Infrastruktur schlagen sie neue Vorgaben vor.

Die Organisationen begründen ihren Vorstoß mit der Importabhängigkeit der deutschen Energieversorgung und geopolitischen Risiken. Nach ihren Berechnungen deckten Importe 2025 rund 65,6 Prozent des deutschen Primärenergieverbrauchs. „Rechnerisch reichten die heimischen Energiequellen damit nur für 125 Tage des Jahres – bis zum 5. Mai“, betonte Christian Noll, geschäftsführender Vorstand der Deneff, bei der Vorstellung der Handlungsempfehlung. Deneff und EIES leiten daraus die Forderung ab, neben der Diversifizierung von Lieferanten und Bezugswegen auch den Energiebedarf stärker als Faktor der Versorgungssicherheit zu berücksichtigen.

„Energieeffizienz ist weit mehr als Klimaschutz. Sie ist ein strategischer Faktor zur Reduzierung von Energieabhängigkeiten“, erklärte Noll. Wer den Energiebedarf senke, müsse weniger Energie importieren, transportieren und im Krisenfall absichern. „Energieeffizienz verringert damit die Angriffsfläche.“

Auch EIES-Direktorin Sabrina Schulz stellt die Importabhängigkeit in den Mittelpunkt. Versorgungssicherheit beschränke sich nicht auf neue Lieferanten, Lieferrouten oder zusätzliche Reserven. Deutschland müsse seinen Energiebedarf strukturell senken. Die Organisationen bezeichnen Energieeffizienz deshalb als „First Fuel of Security“.



Policy Brief von Deneff und EIES.

Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Deneff

Der Policy Brief verweist dabei auch auf Veränderungen der Importstruktur. Die Abkehr von russischem Pipelinegas habe die grundsätzliche Abhängigkeit von Energieimporten nicht beseitigt. So stammten nach Angaben der Autoren 2025 rund 96 Prozent der deutschen LNG-Importe aus den USA. Die Diversifizierung könne Risiken einzelner Lieferanten oder Transportrouten reduzieren, ändere aber nichts an der Abhängigkeit von externen Energiequellen.

Effizienz soll Infrastruktur entlasten

Deneff und EIES verbinden einen geringeren Energieverbrauch zudem mit der Widerstandsfähigkeit der Energieinfrastruktur. Eine niedrigere Grundlast könne insbesondere die Stromnetze entlasten und den Umgang mit Störungen erleichtern. Gleichzeitig reduziere sie den Bedarf an zusätzlicher Erzeugungskapazität, Netzausbau und strategischen Öl- und Gasreserven. Dadurch sinke auch der Umfang der Infrastruktur, die errichtet, gewartet und gegen Ausfälle abgesichert werden müsse.

Als Ansatzpunkte nennen die Autoren unter anderem Gebäudesanierungen, Smart Meter, digitale Energiemanagementsysteme und Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs in der Industrie. Solche Investitionen sollten nach ihrer Auffassung künftig auch unter dem Gesichtspunkt der zivilen Vorsorge und der Resilienz betrachtet werden.

Förderung an Effizienzmaßnahmen koppeln

Das Bundesinnenministerium soll nach ihrer Vorstellung einen Mindeststandard für Energieeffizienz als Resilienzindikator im Rahmen des KRITIS-Dachgesetzes etablieren. Für Einrichtungen des Bundes, darunter Bundespolizei und Technisches Hilfswerk, wollen die Organisationen zudem Ziele für die Energieproduktivität einführen. Darüber hinaus schlagen die Autoren vor, Investitionen in Energieeffizienz bei den Nato-Ausgaben für zivile Vorsorge und Resilienz zu berücksichtigen. Dafür sei ein Bilanzierungsrahmen erforderlich.

Neben der Versorgungssicherheit führen Deneff und EIES industriepolitische Gründe an. Europa verfüge bei Technologien wie industrieller Abwärmenutzung, Gebäudedämmung, Energiemanagementsystemen und Smart-Grid-Lösungen weiterhin über eigene industrielle Kompetenzen.

Aus diesen Überlegungen leiten die Organisationen mehrere Forderungen an die Bundesregierung ab. Das Bundeswirtschaftsministerium soll den Grundsatz „Efficiency First“ bei industrie-, energie- und investitionspolitischen Entscheidungen anwenden. Industriesubventionen und Klimaschutzverträge sollen nach Vorstellung der Autoren an Effizienzverbesserungen gekoppelt werden. Als Maßnahmen nennt das Papier Abwärmenutzung, Prozessoptimierung und Lastmanagement.

Zugleich wenden sich Deneff und EIES gegen eine Abschwächung des Energieeffizienzgesetzes. Die nationalen Ziele und die Verpflichtungen zum Energiemanagement in Unternehmen sollten bestehen bleiben. Ergänzend fordern die Organisationen eine Energiesicherheitsstrategie, die die Senkung des Energiebedarfs ausdrücklich in die Resilienzplanung aufnimmt. (hr) // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Fotolia.com, alphaspirt

Photovoltaik drückt den Börsenstrompreis

STUDIEN. Ohne Photovoltaik wäre der Großhandelsstrompreis 2025 laut einer Enervis-Studie um knapp 21 Prozent höher gewesen. Den Wert des Preiseffekts bezieht die Studie auf Milliarden.

Der Ausbau der Photovoltaik hat den Großhandelsstrompreis in Deutschland im vergangenen Jahr nach Berechnungen von Enervis erheblich gedrückt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Kurzstudie des Beratungsunternehmens im Auftrag des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW-Solar). Im Modell für 2025 liegt der durchschnittliche Großhandelsstrompreis mit der tatsächlich installierten Photovoltaikleistung von rund 118 GW bei 89,3 Euro/MWh. Ohne Solarstrom hätte er 112,8 Euro/MWh erreicht. Die Differenz von 23,5 Euro entspricht einer Preissenkung um 20,8 Prozent.

Besonders ausgeprägt ist der Effekt in den Mittagsstunden und in den Sommermonaten. Nach den Berechnungen senkt Photovoltaik die Großhandelspreise in allen Monaten des Jahres. Ohne Solarstrom müssten häufiger konventionelle Kraftwerke mit höheren variablen Kosten zum Einsatz kommen – mit entsprechendem Einfluss auf die Merit Order.

Den eigentlichen Großhandelswert der PV-Erzeugung bezieht Enervis für 2025 auf 13,1 Milliarden Euro. Grundlage sind eine Gesamtnachfrage von 561 TWh und die mittlere Preisdifferenz von 23,5 Euro je MWh. Hinzu kommen nach Darstellung der Studie 2,6 Milliarden Euro aus zusätzlichen Stromexporten. Ohne Photovoltaik wären die Exporte im Modell um etwa 23 TWh niedriger ausgefallen. Demnach ergibt sich ein Gesamtwert der Photovoltaik von 15,7 Milliarden Euro, dem die Autoren die erwarteten EEG-Förderkosten von 10,9 Milliarden Euro gegenüberstellen. Diesen Wert übersteigt der Gesamtwert aus Stromexporten und Strompreisdifferenz um 44 Prozent.

Fehlende Photovoltaik würde durch fossile Kraftwerke kompensiert

Für einen Haushalt mit einem angenommenen Jahresverbrauch von 4.000 kWh ergibt sich aus der Differenz der Großhandelspreise eine rechnerische Entlastung von 94 Euro im Jahr. Ein Industriebetrieb mit 10.000 MWh Verbrauch sparte dem Modell zufolge rund 235.000 Euro. Netzentgelte und andere Kostenbestandteile des Strompreises berücksichtigt diese Rechnung allerdings nicht.

Deutlich verändert sich in dem Szenario ohne Photovoltaik auch die Erzeugungsstruktur. Rund 50 TWh fehlender Solarstrom würden laut Enervis durch zusätzliche fossile Stromerzeugung in Deutschland ersetzt, weitere rund 50 TWh durch zusätzliche Importe. Dafür wären 2025 rechnerisch knapp vier Milliarden Kubikmeter zusätzliches Gas und rund elf Millionen Tonnen Kohle erforderlich gewesen. Der modellierte Grünstromanteil würde von 63 auf 45 Prozent sinken, also um 18 Prozentpunkte.

Die Studie verweist zugleich auf eine Kehrseite hoher Solarproduktion: Ohne Photovoltaik träten im Modell rund 90 Prozent weniger negative Strompreise auf. Der BSW-Solar leitet daraus die Forderung ab, neben dem weiteren PV-Ausbau auch Speicher und andere Flexibilitätsoptionen stärker auszubauen.

Angesichts der Studienergebnisse warnt der Verband dennoch vor Einschnitten bei der anstehenden EEG-Novelle und dem geplanten Netzpaket, die den Solarzubau ab 2027 bremsen könnten. Aus seiner Sicht würden damit nicht nur Ausbauziele gefährdet, sondern auch ein preisdämpfender Faktor im Strommarkt geschwächt.

Die Ergebnisse sind als statischer Modellvergleich zu verstehen. Enervis hält den übrigen Kraftwerkspark in beiden Szenarien unverändert. Reaktionen auf dauerhaft höhere Preise, etwa Investitionen in andere Erzeugungstechnologien, werden nicht abgebildet. Solche Anpassungen wären nach Einschätzung der Studienautoren zu erwarten und könnten den errechneten Preiseffekt dämpfen. Netzbedingte und andere Abregelungen sowie weitere volkswirtschaftliche Effekte werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Die **Studie** kann über die Internetseite von Enervis kostenlos angefordert werden. (fw) // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



RÖDL

4. Strategieforum STADTWERKEWENDE
Transformation kostet. Stillstand noch mehr.
Erfahren Sie, welche Strategien funktionieren.

 Vorabendevent 07. Oktober 2026	 08. Oktober 2026
 Krankenhaus 1, Im Zollhafen 18 • Köln	 9:00 – 16:30 Uhr

Jetzt anmelden: www.roedl.com/stadtwerkewende

Wir ebnen Wege. Weltweit. roedl.com

Niederösterreicher kaufen Baywa-Ladenetz



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

ELEKTROFAHRZEUGE. Der niederösterreichische Regionalversorger EVN - in Österreich bereits Marktführer beim Ladenetz - expandiert nach Deutschland. Dort hatte er bisher keine Ladesäulen.

Die österreichische EVN AG steigt mit der Übernahme der Baywa Mobility Charging (BMC) in den deutschen Markt für Schnellladeinfrastruktur ein. Über die Tochter EVN Energieservices GmbH haben die Österreicher eine Vereinbarung zum Erwerb von 100 Prozent der BMC-Anteile von BayWa Mobility Solutions GmbH unterzeichnet.

BMC betreibt laut Mitteilung High-Power-Charging-(HPC)-Infrastruktur in Deutschland an derzeit mehr als 30 Standorten mit insgesamt 170 öffentlichen HPC-Ladepunkten mit Leistungen von bis zu 400 kW. Bis 2027 soll das Portfolio 54 Standorte mit insgesamt 306 HPC-Ladepunkten umfassen. Der geografische Schwerpunkt des Netzes liegt in Bayern. Ergänzend betreibt die Gesellschaft Standorte in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

EVN bezeichnet sich mittlerweile als Österreich-Marktführer bei Ladepunkten. Der dortige Energieregulator E-Control bestätigte diesen Anspruch im August mit seiner jüngsten Ladesäulen-Statistik (wir berichteten). Ihr zufolge betreibt die Tochter EVN Energieservices GmbH seit August 3.561 über Österreich verteilte Ladepunkte. Das ist ein Marktanteil von knapp 9 Prozent von 39.800 Ladepunkten. Der Konzern selbst kommuniziert 3.850 Ladepunkte. Über eine EVN-Ladekarte haben Automobilisten Zugang zu europaweit 140.000 Lademöglichkeiten. 2010 war die erste Ladestation des Unternehmens in Betrieb genommen worden.

Der frühere Österreich-Marktführer „da Emobil“ kam demgegenüber nur auf 2.929 Stationen – gut 7 Prozent. Ende 2025 waren der erste und der zweite Platz laut Austriatech genau umgekehrt gewesen. Da Emobil ist ein Gemeinschaftsunternehmen des Tankstellenbetreibers und Energiehändlers Gutmann mit dem Elektrotechnik- und Gebäudetechnik-Unternehmen Fiegl und Spielberger, beide aus Tirol.

Weiter eine große Rolle in der Ladeinfrastruktur spielen die anderen österreichischen Strom-Regionalversorger. In Deutschland hat die EVN bisher keine Ladepunkte, geht aus einer Auswertung des Ladesäulenregisters der Bundesnetzagentur durch diese Redaktion hervor.

EVN will bis 2030 jährlich 1 Milliarde Euro investieren, davon gehen 10 Prozent in die E-Mobilität. Die Expansion in andere Länder gehört ausdrücklich zu dieser Strategie. (jn/geo)

// VON JESKO NEEB UND GEORG EBLE

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Quelle: HTWK Leipzig / Swen Reichhold

Wasserstoff-Dorf liefert Daten für den Netzbau

WASSERSTOFF. HTWK Leipzig, DBI und Mitnetz Gas haben Komponenten eines Wasserstoff-Verteilnetzes im Langzeitbetrieb untersucht. Im Fokus standen Sicherheit und Gasqualität.

Die Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (HTWK Leipzig), DBI Gas- und Umwelttechnik und Mitnetz Gas haben im Forschungsprojekt H2INFRA den Betrieb eines Wasserstoff-Verteilnetzes unter realitätsnahen Bedingungen untersucht. Im sogenannten „Wasserstoff-Dorf“ im Chemiepark Bitterfeld-Wolfen testeten die Partner von 2022 bis 2025 unter anderem Leitungen, Armaturen, Sicherheitstechnik und eine Hausinstallation, wie aus einer Mitteilung zum offiziellen Projektabschluss hervorgeht.

Über die Projektlaufzeit erfassten die Forschenden Betriebsparameter wie Druck, Temperatur und Volumenstrom. Komponenten aus dem Erdgasbereich wurden sowohl im Labor des DBI als auch auf dem Testfeld auf ihre Eignung für Wasserstoff geprüft. Hinzu kamen Untersuchungen von Rohrproben auf Materialstruktur, Alterung und mechanische Eigenschaften.

In einem Forschungspavillon betrieben die Projektpartner zudem zwei Jahre lang eine vollständige Hausinstallation mit einer Wasserstofftherme. Sicherheitstechnische Einrichtungen wie Gasströmungswächter und Gasmangelsicherungen sowie unterschiedliche Absperrtechnologien waren ebenfalls Gegenstand der Versuche.

Das Testfeld ermöglicht Untersuchungen an einer Infrastruktur mit unterschiedlichen Materialien und Druckstufen. Mitnetz Gas konzentrierte sich im Projekt unter anderem auf Betriebsführung und Instandhaltung sowie auf Gasdruckregel- und Messanlagen. Dabei wurden auch Arbeiten am Leitungsnetz unter Wasserstoffbedingungen betrachtet.

Komponenten weitgehend für Wasserstoff geeignet

Die Prüfungen zur äußeren Dichtheit ergaben nach Angaben der Projektpartner, dass nahezu alle untersuchten Komponenten für den Einsatz in Wasserstoffinfrastrukturen geeignet sind. Die Ergebnisse zeigen zugleich, dass Materialien und Bauteile bei einer Umstellung von Erdgas auf Wasserstoff einzeln betrachtet werden müssen.

Eine weitere Herausforderung ist die Gasqualität. Anwendungen wie Brennstoffzellen stellen hohe Anforderungen an die Reinheit des Wasserstoffs. Das DBI untersuchte deshalb mögliche Quellen für Verunreinigungen sowie den Einfluss von Materialien, Herstellungsprozessen und Verlegeverfahren. Daraus leiteten die Forschenden Maßnahmen zur Verringerung von Störstoffen ab.

Die Bereitstellung hoher Gasqualität und die Versorgungssicherheit gehörten zu den zentralen Forschungsfragen von H2INFRA. Das Bundeswirtschaftsministerium förderte das Vorhaben mit rund 1,6 Millionen Euro.

Stromquelle bestimmt Treibhausgasbilanz

Neben technischen und sicherheitsrelevanten Fragen untersuchte die HTWK Leipzig die Umweltwirkungen der Wasserstoffversorgung. Dafür betrachteten die Forschenden die Wertschöpfungskette von der Herstellung über den Transport bis zur Versorgung der Verbraucher.

Entscheidend für die Treibhausgasbilanz der Elektrolyse ist demnach vor allem der eingesetzte Strom. Herstellung und Bau der Elektrolyseure fallen im Vergleich dazu weniger stark ins Gewicht. Unter den untersuchten Szenarien verursachte die Elektrolyse mit Windstrom die geringsten Treibhausgasemissionen.

Auch die Netzinfrastruktur beeinflusst die Ökobilanz. Nach den Projektergebnissen spielen dabei unter anderem Rohrmaterial, Dimensionierung und Verlegeverfahren eine Rolle. Damit entstehen auch bei mit erneuerbarem Strom produziertem Wasserstoff entlang der gesamten Wertschöpfungskette Umweltwirkungen.

Forschung im Wasserstoff-Dorf wird fortgesetzt

H2INFRA knüpft an das 2016 gestartete Forschungsprojekt H₂-Netz an. Die dabei entstandene Testinfrastruktur wurde anschließend weiterentwickelt. Das Wasserstoff-Dorf im Chemiepark Bitterfeld-Wolfen ging 2019 offiziell in Betrieb.

Die Forschungsarbeiten sollen nun mit weiteren Projekten fortgeführt werden. So beschäftigt sich beispielsweise das Projekt „GreenH2Supply“ mit der leitungsgebundenen Versorgung von Kraftwerken, Industrie und Gewerbe mit Wasserstoff und setzt dabei ebenfalls auf die Infrastruktur in Bitterfeld-Wolfen. Dort können Komponenten im Langzeitbetrieb mit Wasserstoff getestet werden. (kmt)

// VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

Energiesicherheit selbst herstellen

**ENERGIE
FUNK**

IM GESPRÄCH MIT LARS SCHELLHAS VON KISFELD, GESCHÄFTSPARTNER VON SCHELLHAS CONSULTING

ENERGIESICHERHEIT SELBST IN DIE HAND NEHMEN

Quelle: E&M



E&M-PODCAST. Neben Sabotageschutz für Energieanlagen muss die wirtschaftliche Resilienz gegen Energiepreisschocks und geopolitische Abhängigkeiten in den Fokus, fordert Lars Schellhas von Kisdeld.

Der Hamburger Berater für die energieintensive Industrie erläutert im *Energiefunk*, mit welchen Maßnahmen sich Unternehmen selbst wappnen können. Seit den coronabedingt gestörten globalen Lieferketten und der Energiepreiskrise seit 2022, müssen viele energieintensive Unternehmen umsteuern. Lars Schellhas van Kisfeld hält es für falsch, auf Unterstützung vom Staat zu warten.

Stattdessen sollten Unternehmen selbst entscheiden und sich mit der Ablösung von fossilen Energieträgern, eigener Erzeugung und Verträgen, die Preisschwankungen abfedern wappnen, rät er. Auf diesem Wege sei Klimaschutz mit Wirtschaftlichkeit zu verbinden. Energiekosten sind für die energieintensive Industrie seit 2022 einer der größten Wettbewerbsnachteile gegenüber den USA oder Teilen Asiens.

Darum müssten sich Unternehmen umstellen, um sich vor dem Verlust des eigenen Geschäftsmodells durch neue Produkte und Wettbewerber zu schützen. „Wirtschaftliche Resilienz ist eine ebenso dringende Aufgabe wie Wehrhaftigkeit“, so der Berater Schellhas van Kisfeld.

Gesprächspartner

Lars Schellhas van Kisfeld, Gründer und Geschäftsführer von [Schellhas Consulting](#)



Um zum Podcast zu gelangen, klicken Sie bitte auf das Bild
Quelle: E&M

Warum *Energiefunk*?

Vierzehntäglich mittwochs bringt eine neue Folge des *Energiefunks* Fakten, Meinungen und Skurriles aus der Energiewelt. Neben dem Bericht steht die persönliche Meinung, der Aufruf, Ausbruch oder die plötzliche Einsicht der Energieakteure im Mittelpunkt. Dazu gehören Kurzinterviews aus Politik, Verbänden, Unternehmen oder Wissenschaft, Schlagzeilen der Woche, Trends, Entwicklungen, Prognosen zu aktuellen Prozessen in der Energiewelt und natürlich Meldungen aus der digitalen Welt. Auch das Kurzporträt eines Unternehmens oder innovativen Projekts wird aus aktuellem Anlass gezeichnet.

Hören ist manchmal leichter als Lesen. Es geht auch unterwegs oder beim Autofahren oder sogar im Dunkeln. Und Sie bekommen den Originalton. Keine gefilterten Berichte, sondern die Aussage pur. Als wären Sie dabei, sozusagen „Ohrenzeuge“. Das kann Sie erheitern, aufregen, den Kopf schütteln oder die Ohren spitzen lassen. Die Wahl liegt bei Ihnen – also Reinhören!

Der *E&M Energiefunk* kann bei [iTunes](#), über [Spotify](#), auf SoundCloud sowie bei [Deezer](#) und [Google Play Music](#) und [Amazon Alexa](#) oder per [RSS-Feed](#) abonniert und angehört werden. Bei [Google Play](#) gibt es ihn auch als App. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

TH Köln untersucht nachhaltige Solarmodule



Quelle: An einem Prüfstand haben die Forschenden die Stabilität von dünnem Solarglas, das weniger Energie bei der Produktion benötigt, untersucht. Quelle: TH Köln / Prof. Dr. Ruth Kasper

F&E. Im Projekt „GreenSolarModules“ hat die TH Köln Materialien und Reparaturkonzepte für Solarmodule untersucht und zugleich deren Klimabilanz analysiert.

Die TH Köln hat gemeinsam mit Forschungs- und Industriepartnern neue Materialien und Konstruktionsansätze entwickelt, die Solarmodule besser recycelbar und reparierbar machen sollen. Im Verbundprojekt „GreenSolarModules“ untersuchten die Forschenden unter anderem dünneres Solarglas, alternative Kunststofffolien und entfernbare Vergussmassen für Anschlussdosen, wie aus einer aktuellen Meldung des Instituts hervorgeht.

Solarmodule bestehen unter anderem aus Glas, Kunststofffolien, Solarzellen, Elektronik und einem Aluminiumrahmen. Weil die Verbindung der Komponenten bislang die Trennung der Materialien und damit Recycling und Reparaturen erschwert, setzte das Forschungsprojekt der Meldung zufolge bei einzelnen Bauteilen und Materialien an.

„Um diesen Herausforderungen zu begegnen, haben wir Lösungen für energieeffizientere und umweltfreundlichere Materialien sowie ein neues reparierbares Anschlussdosendesign erarbeitet“, erklärt Ulf Blieske vom Cologne Institute for Renewable Energy (CIRE) der TH Köln. Er leitete das Teilprojekt zu nachhaltigem Moduldesign und Reparierbarkeit.

Dünneres Solarglas auf dem Prüfstand

Bei Solarglas untersuchte die Hochschule eine dünnere Variante, deren Herstellung nach Angaben der TH Köln weniger Energie benötigt. Dabei zeigte sich nach Angaben des Forschungsteams, dass bestehende Prüfverfahren aus den einschlägigen Normen nicht ohne Weiteres auf besonders dünne Gläser übertragbar sind.

Zudem untersuchten die Forschenden den Einsatz des Halbmetalls Antimon, das bei der Glasherstellung verwendet wird. Nach den Ergebnissen des Projekts kann Solarglas auch ohne diesen Zusatz die erforderliche Lichtdurchlässigkeit erreichen.

Ein weiterer Schwerpunkt waren Kunststofffolien, die Solarzellen vor Umwelteinflüssen und mechanischen Schäden schützen sollen. Getestet wurden Varianten aus natürlichen Rohstoffen wie Holzfasern und Reisabfällen. Einige der untersuchten Materialien erwiesen sich laut TH Köln als stabil und recycelbar.

Bei Anschlussdosen erprobte das Team entfernbare Vergussmassen zur Isolierung der dort verbauten Elektronik. Dadurch sollen sich etwa defekte Stecker austauschen lassen, ohne die gesamte Anschlussdose beziehungsweise das Modul ersetzen zu müssen.

Produktion in Deutschland mit geringeren Emissionen

Neben den technischen Arbeiten verglich die TH Köln den ökologischen Fußabdruck und wirtschaftliche Aspekte unterschiedlicher Modulvarianten. Untersucht wurden zwei Modultypen bei einer Produktion in Deutschland und China sowie die Rückgewinnung von Materialien am Ende der Nutzungsdauer.

Nach Angaben der Hochschule verursacht die Produktion in Deutschland dabei rund ein Viertel weniger Treibhausgasemissionen als die untersuchte Fertigung in China. Das Projekt betrachtete außerdem

regulatorische und wirtschaftliche Voraussetzungen für die Markteinführung nachhaltigerer Module.

Nun soll das Projekt fortgesetzt werden: Ein Teil des Konsortiums hat nach Angaben der TH Köln ein Folgeprojekt zum Recycling von Solarglas beantragt. Als weiteren möglichen Schritt nennt die Hochschule die industrielle Erprobung der entwickelten Lösungen.

Das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE koordinierte GreenSolarModules. Neben der TH Köln waren weitere Fraunhofer-Institute und Unternehmen aus der Glas-, Material- und Recyclingwirtschaft beteiligt. Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) förderte das Vorhaben nach Angaben der TH Köln über drei Jahre mit rund 4,37 Millionen Euro. Auf das Teilprojekt der Hochschule entfielen etwa 390.000 Euro. (kmt) // VON KATIA MEYER-TIEN

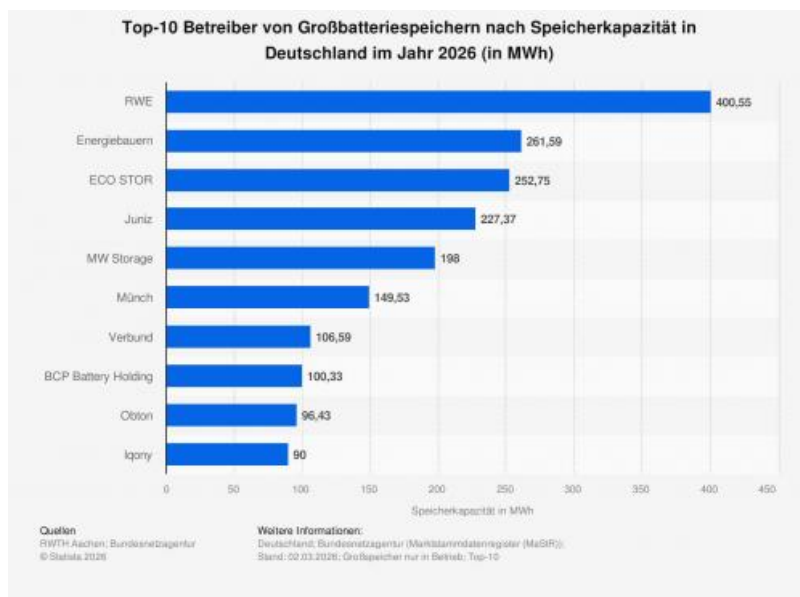
[^ Zum Inhalt](#)

Top-10 Betreiber von Großbatteriespeichern nach Speicherkapazität



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Für Vollbild auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Im Jahr 2026 lag die Speicherkapazität der betriebenen Großbatteriespeicher in Deutschland von RWE bei rund 400 Megawattstunden. Damit war der Energieversorger der größte Betreiber von Großspeichern (ab 1.000 Kilowattstunden) sowohl nach Speicherkapazität als auch nach Bruttoleistung. Die Speicherkapazität aller Großbatteriespeicher in Deutschland betrug im März 2026 rund 4.270 Megawattstunden.

// VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Quelle: Katia Meyer-Tien

Sachsen Energie erhält EU-Zuschuss für Netzprojekt

STROMNETZ. Die EU fördert den Ausbau der Stromnetze in der Lausitz mit 20,1 Millionen Euro. Sachsen Energie ergänzt damit ein EIB-Darlehen über 400 Millionen Euro für den Strukturwandel.

Die Sachsen Energie-Unternehmensgruppe erhält von der Europäischen Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) in Vertretung der Europäischen Union einen Zuschuss in Höhe von 20,1 Millionen Euro für den Ausbau und die Modernisierung der Stromnetze in der Lausitz. Der Zuschuss soll dem Strukturwandel der Region zusätzlichen Rückenwind geben: Neue Industrieansiedlungen, erneuerbare Energien, Elektromobilität und eine sichere Versorgung von Haushalten und Unternehmen erfordern leistungsfähige Stromnetze.

Zur offiziellen Übergabe der Fördermittel trafen sich Ulla Korpinen von der Europäischen Investitionsbank (EIB) und SachsenEnergie-Vorstandsvorsitzender Frank Brinkmann mit Vertretern der Landkreise Bautzen und Görlitz am Regionalstandort des Netzbetreibers Sachsen Netze in Bautzen. Das Projekt trägt den Namen „LaNeTra“ (Lausitz Network Transformation) und wird von der Cinea im Rahmen der Public Sector Loan Facility gefördert. Der Zuschuss ergänzt das 2025 vereinbarte EIB-Darlehen über 400 Millionen Euro sowie Eigenmittel von SachsenEnergie und bildet damit die langfristige Finanzierungsbasis für den Netzausbau in Ostsachsen.

„Stabile Energienetze sind das Rückgrat von Industrieentwicklung und Energiewende“, erklärte Brinkmann anlässlich der Übergabe. Paloma Aba Garrote, Direktorin der Cinea, betonte, das Projekt unterstütze die Modernisierung des Stromnetzes und einen gerechten Strukturwandel in der Lausitz und trage dazu bei, die Versorgungssicherheit zu stärken und weitere erneuerbare Energien zu integrieren. Auch Nicola Beer, Vizepräsidentin der EIB, hob die Bedeutung des Projekts für den Wandel der Region hervor.

Mit den Mitteln modernisiert und erweitert Sachsen Netze die Hoch-, Mittel- und Niederspannungsnetze sowie Umspannwerke und Transformatoren in den Landkreisen Bautzen und Görlitz. Ziel ist es, zusätzliche erneuerbare Energien, neue Gewerbe- und Industrieansiedlungen sowie Stromverbraucher mit hohem Leistungsbedarf anzuschließen – etwa einen neuen Ladepark für Elektroautos mit zwölf HPC-Ladepunkten in Bautzen. Im Hochspannungsbereich werden rund 40 Kilometer Leitungen erneuert, darunter die Verbindung zwischen Oderwitz und Lawalde, zudem entsteht der Netzknoten Horka.

Im Mittelspannungsnetz sind Ersatz und Ausbau von rund 213 Kilometern Erdkabeln sowie die Modernisierung von etwa 250 Transformatoren- und Verteilstationen vorgesehen. Im Niederspannungsnetz werden rund 60 Kilometer Freileitungen und 115 Kilometer Erdkabel erneuert sowie mehr als 1.000 Hausanschlüsse modernisiert. Die Förderanteile: 8,88 Millionen Euro für die Hochspannung, 7,92 Millionen Euro für die Mittelspannung, 3,30 Millionen Euro für die Niederspannung.

Bis 2027 plant die Unternehmensgruppe Investitionen von insgesamt 732 Millionen Euro in den Netzausbau in Ostsachsen, davon rund 134 Millionen Euro in den Landkreisen Bautzen und Görlitz.

Die Sachsen Energie-Unternehmensgruppe versorgt rund 600.000 Kundinnen und Kunden mit Energie, Wasser, Telekommunikation und energienahen Dienstleistungen. Sie beschäftigt rund 4.000 Mitarbeitende investiert 2026 nach eigenen Angaben rund 900 Millionen Euro in Versorgungssicherheit und Zukunftsfähigkeit Sachsens. (gd) // VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

ENERGIEJOBS

**DAS KARRIEREPORTAL FÜR
DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der
Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik Erneuerbare Energien Energiemanagement

08152 93 11 88 www.energiejobs.online

Aus für Stadtwerke-Geschäftsführer in Wolfhagen



Quelle: Pixabay / Maria

PERSONALIE. Christina Holzhauer und Alexander Rohrssen sind von ihren Geschäftsführerposten in Wolfhagen abberufen worden. Knackpunkte gab es offenbar mehrere.

Aus nach zehn Jahren: Christina Holzhauer und Alexander Rohrssen müssen ihre Stühle in Wolfhagen freimachen. Aufsichtsräte und Gesellschafterversammlungen der Stadtwerke Wolfhagen, der Regionalwerke Wolfhager Land GmbH sowie der Wind- und Solar-Gesellschaften haben die beiden von den Geschäftsführerposten in den vier Unternehmen abberufen. Rohrssen werde die Unternehmensgruppe noch für eine Übergangszeit begleiten, teilt die Kommune in Nordhessen mit. Die Geschäfte soll interimistisch Olaf Stobbe übernehmen. Stobbe ist Klima-, Energie- und Beteiligungsmanager der Stadt Wolfhagen.

Zwischen Gesellschaftern und Geschäftsführung gab es dem Vernehmen nach Differenzen, was die Führung der Unternehmen und das Miteinander mit der Stadt betrifft. „Für die Gremien steht eine Unternehmensführung im Mittelpunkt, die auf guter Kommunikation, gegenseitigem Vertrauen und einer engen Zusammenarbeit mit Beschäftigten und Führungskräften aufbaut und zugleich den Aufsichtsrat angemessen in die wesentlichen Entwicklungen und Entscheidungen einbindet“, kommentiert der Aufsichtsratsvorsitzende, Dirk Scharrer, in einer Pressemitteilung den personellen Einschnitt. Jetzt gehe es darum, „für Stabilität und Verlässlichkeit zu sorgen und die Voraussetzungen für eine langfristig erfolgreiche Weiterentwicklung der Unternehmensgruppe zu schaffen“, so der Bürgermeister.

„Keine vorrangig wirtschaftlichen Gründe“

Auf die Füße gefallen ist den Geschäftsführern vor allem auch das Thema Wärmewende. „Hierzu hätten wir uns eine aktivere Rolle unserer Stadtwerke/RWL als zentrale Partner, Daten- und Infrastrukturdienstleister gewünscht, in Entsprechung zu anderen Kommunen“, teilt die Kommune auf Anfrage der Redaktion mit. Die wirtschaftliche Situation der Stadtwerke bezeichnet der Bürgermeister als „zufriedenstellend“. „Die Abberufung hatte keine vorrangig wirtschaftlichen Gründe.“

Die Stadtwerke Wolfhagen gehören zu 60 Prozent der Kommune. 40 Prozent der Anteile hält die Bürgerenergiegenossenschaft Wolfhagen (BEG). Die Solar Wolfhagen GmbH und Wind Wolfhagen GmbH sind hundertprozentige Töchter der Stadtwerke. Der Netzbetreiber Regionalwerke gehört zu hundert Prozent der Stadt.

Die Stadtwerke Wolfhagen GmbH erzielte im Jahr 2024 einen Jahresüberschuss in Höhe von 1,1 Millionen Euro (2023: 2,4 Millionen Euro).

Christina Holzhauer und Alexander Rohrssen waren im Sommer 2016 zu Geschäftsführern bestellt worden. Mit den Namen der beiden bisherigen Geschäftsführer sei „ein wichtiger Teil der Entwicklung der Stadtwerke und ihrer Beteiligungsgesellschaften in den vergangenen Jahren verbunden“, so die Stadtverwaltung. (mf) // VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

EVM und Iqony arbeiten künftig zusammen



Moselbogen im Rauental. Quelle: Sascha Ditscher / evm

UNTERNEHMEN. Die Energieversorgung Mittelrhein (evm) und die Iqony Energies GmbH (Iqony) wollen künftig im Koblenzer Rauental zusammenarbeiten. Aus zwei Wärmenetzen soll ein gemeinsames werden.

Die Energieversorgung Mittelrhein (evm) und Iqony Energies wollen bei der Wärmeversorgung im Koblenzer Stadtteil Rauental zusammenarbeiten, teilten die Unternehmen am 3. September mit. Die Unternehmen planen eine gemeinsame Gesellschaft, die ihre bislang getrennten Wärmenetze betreiben und miteinander verbinden soll. Die Partner haben das Vorhaben beim Bundeskartellamt angemeldet.

Die Umsetzung hängt neben der kartellrechtlichen Freigabe von der Zustimmung der zuständigen Gremien beider Unternehmen ab. Erfüllen EVM und Iqony diese Voraussetzungen und unterzeichnen die Verträge, sollen die bestehenden Wärmeversorgungsverträge auf die gemeinsame Gesellschaft übergehen. Nach Angaben der Unternehmen sollen Preise und Vertragsinhalte für die Kunden unverändert bleiben.

Bislang betreiben EVM und Iqony im Rauental jeweils eigene Wärmenetze. Die geplante Kooperation soll diese Strukturen zusammenführen. Die neue Gesellschaft soll die Netze damit nicht nur betreiben, sondern auch physisch miteinander verbinden und die Wärmeversorgung weiter dekarbonisieren.

Mit der Kooperation wollen die Unternehmen ihre jeweiligen Kompetenzen zusammenführen. Die EVM bringt nach eigenen Angaben ihre regionale Marktkennntnis und bestehende Infrastruktur ein. Iqony steuert Erfahrungen aus Fernwärmeprojekten an anderen Standorten in Deutschland bei. Im Mittelpunkt soll zunächst der gemeinsame Betrieb der vorhandenen Infrastruktur im Rauental stehen. (hr) // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Enercity treibt KI-Strategie mit Vodafone-Tochter voran



Quelle: Enercity

VERTRIEB. Enercity erweitert seine KI- und Dateninfrastruktur. Gemeinsam mit „VOIS“ und „LYNQTECH“ will der Versorger Anwendungen skalieren und Daten stärker für das operative Geschäft nutzen.

Der Energieversorger Enercity will den Einsatz von künstlicher Intelligenz im Unternehmen ausweiten und dafür seine Daten- und Technologieinfrastruktur weiterentwickeln, teilte das Unternehmen am 2. September mit. Dazu arbeitet das Unternehmen mit Vodafone Intelligent Solutions (VOIS) und seiner eigenen Digitalisierungstochter Lynqtech zusammen. Im Mittelpunkt stehen die unternehmenseigene „AI Factory“, der zentrale Datenhub sowie Anwendungen für interne Prozesse, Kundenservice und Anlagensteuerung.

Enercity nutzt bereits KI, Datenanalysen und digitale Technologien in verschiedenen Geschäftsprozessen. Die neue Kooperation soll nach Angaben des Unternehmens vor allem die Voraussetzungen dafür schaffen, Anwendungen in größerem Umfang zu entwickeln und in den operativen Betrieb zu überführen. Vodafone-Tochter Vois soll dafür Kompetenzen in den Bereichen Daten, Technologie und digitale Transformation einbringen. Lynqtech steuert die Zusammenarbeit und bindet die Lösungen an die bestehende Systemlandschaft von Enercity an.

„Die Zusammenarbeit mit Vois unterstützt uns dabei, die Chancen von künstlicher Intelligenz noch gezielter einzusetzen, um Flexibilität für eine bezahlbare Energiewende anzubieten, unsere dezentralen Anlagen mit digitalen Netzen und das Trading zu verzahnen sowie unsere Prozesse für unsere Kundinnen und Kunden

zu optimieren“, sagte Enercity-CEO Aurelie Alemany. Damit stärke Enercity seine Innovationskraft und Sorge für mehr Effizienz bei der Energiewende.

AI Factory soll Anwendungen in den Betrieb bringen

Ein Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau der unternehmenseigenen „AI Factory“. Enercity versteht darunter eine Plattform für die Entwicklung und Skalierung KI-gestützter Anwendungen. Parallel dazu will der Versorger seinen unternehmensweiten Datenhub weiterentwickeln. Daten sollen dadurch für Analysen und operative Entscheidungen leichter verfügbar werden.

Konkret will Enercity beispielsweise KI unter anderem nutzen, um dezentrale Anlagen stärker mit digitalen Netzen und dem Energiehandel zu verzahnen. Daneben sollen datenbasierte Verfahren Prozesse im Kundenbereich unterstützen. Damit reicht der Ansatz über einzelne Anwendungen hinaus: Der Versorger will eine technische und organisatorische Infrastruktur etablieren, über die verschiedene KI-Anwendungen entwickelt, betrieben und skaliert werden können.

Vois setzt in der Kooperation auf seinen Ansatz „Shared Intelligence“. Dabei verbindet der Dienstleister Daten, Technologie und Fachwissen. Nach Angaben von Chris Meads, Chief Commercial Officer von Vois, entscheidet insbesondere die Qualität der technologischen und datenbezogenen Grundlagen darüber, ob Unternehmen KI-Anwendungen später skalieren können.

Lynqtech kommt innerhalb der Kooperation eine Schnittstellenfunktion zu. Das Unternehmen gehört zu 100 Prozent Enercity und verantwortet als Digitalisierungspartner die Integration in die vorhandenen IT-Systeme. Lynqtech-Chef Björn Waide verweist auf mehrere Bereiche der Energiewirtschaft, in denen KI gleichzeitig Veränderungen auslöst. Dazu zählt er Kundenservice, Abrechnung und Anlagensteuerung. Aufgabe seines Unternehmens sei es, Anwendungen in diesen Bereichen zu einem System zusammenzuführen, das sich im laufenden Energiegeschäft einsetzen lässt. (hr) // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Führungswechsel bei Byont Deutschland



Quelle: Shutterstock / Monster Ztudio

PERSONALIE. Byont Deutschland stellt Führung neu auf: Roel Slotman übernimmt die Geschäftsführung, ein dreiköpfiges Team aus Prokuristen verantwortet künftig die Fachbereiche.

Knapp ein Jahr nach der Übernahme der Ruhe Biogas Service GmbH hat die Byont Deutschland GmbH & Co. KG ihre Führungsstruktur neu geordnet. Maximilian Ruhe verlässt auf eigenen Wunsch die Geschäftsführung, die künftig Roel Slotman übernimmt, der Byont Deutschland bereits seit der ersten Stunde begleitet.

Zentrale Verantwortung bei der Weiterentwicklung des Unternehmens trägt künftig ein dreiköpfiges Management-Team mit langjähriger Unternehmenszugehörigkeit und umfassender Branchenexpertise. Katharina Höfener, Jan-Bernd Pohlschneider und Justus Ruhe wurden von den Gesellschaftern als Prokuristen bestellt und verantworten jeweils einen eigenen Fachbereich.

Höfener übernimmt die kaufmännische Leitung und bleibt wie zuvor Ansprechpartnerin für die Vermarktung von Biomethan, Bio-LNG und der THG-Quote. Pohlschneider, bislang Teamleiter Nachhaltigkeit, erweitert seinen Verantwortungsbereich um die operative Steuerung und den Betrieb der unternehmenseigenen Biogasanlagen. Ruhe ist als technischer Leiter für die Planung, Umsetzung und

Weiterentwicklung von Projekten und Anlagen zuständig.

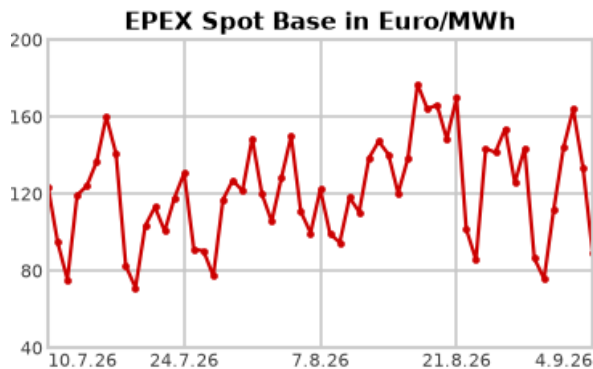
Der Betreiber von Biogasanlagen und Produzent erneuerbarer Energien blickt trotz eines dynamischen Marktumfelds positiv auf die kommenden Jahre. Durch die enge Verzahnung von Geschäftsführung, Management-Team und Mitarbeitenden solle ein reibungsloser Übergang gewährleistet werden, wie es in einer Unternehmensmitteilung heißt. Auch die Zusammenarbeit mit der Byont Gruppe in der Benelux-Region soll danach weiter gestärkt werden.

Byont Deutschland ist Teil der Biomethan-Plattform von ABIO, einer europäischen Investitionsplattform, die die erneuerbare Gasinfrastruktur im Rahmen der Energiewende ausbauen will. (gd) // VON GÜNTER DREWNITZKY

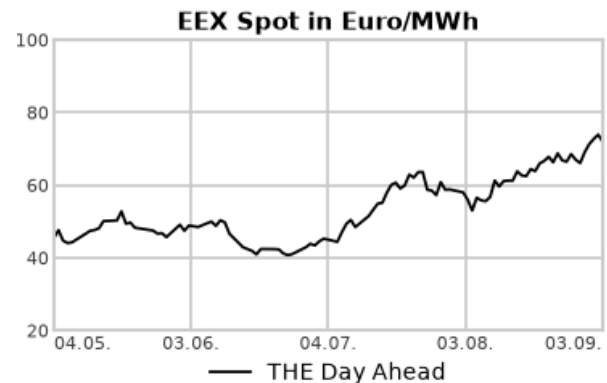
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Energiekomplex größtenteils im Minus



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Ganz überwiegend schwächer haben sich die Energiemärkte am Donnerstag präsentiert. Der deutsche Strommarkt gab angesichts sinkender Gaspreise und der Aussicht auf eine deutlich höhere Einspeiseleistung aus erneuerbaren Energien nach. Vor allem die Windstromproduktion dürfte bis Samstag kräftig steigen. Auch die CO₂-Preise verloren, obwohl hohe Gaspreise weiterhin einen wirtschaftlichen Anreiz zum Wechsel von Gas zu Kohle liefern und damit den EUA-Bedarf stützen. Am Gasmarkt sorgten Aussagen von US-Präsident Trump über eine womöglich kurze Dauer der neuen Angriffe auf Iran für Entlastung. Die ungelöste Blockade der Straße von Hormus und niedrige europäische Speicherstände halten das Aufwärtsrisiko jedoch hoch.

Strom: Ganz überwiegend leichter hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Donnerstag präsentiert. Ausschlaggebend hierfür waren die Abgaben bei Gas und die Aussichten auf einen kräftigen Anstieg bei der Einspeiseleistung der Erneuerbaren. Der Day-ahead sank im Base um 44,75 auf 89,25 Euro je Megawattstunde und im Peak um 46,50 auf 51,25 Euro je Megawattstunde. Börslich zeigte sich die Grundlast mit 88,95 Euro, die Spitzenlast mit 50,91 Euro.

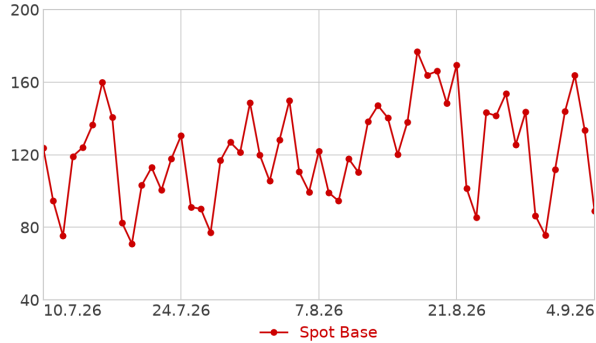
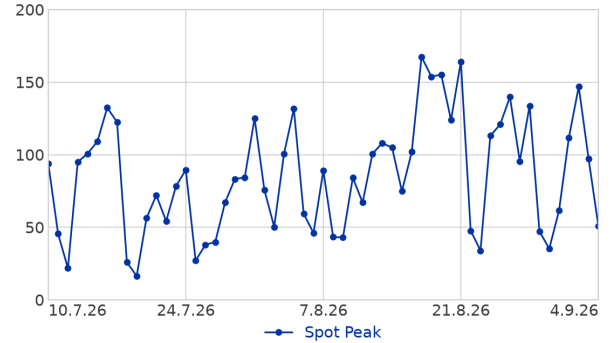
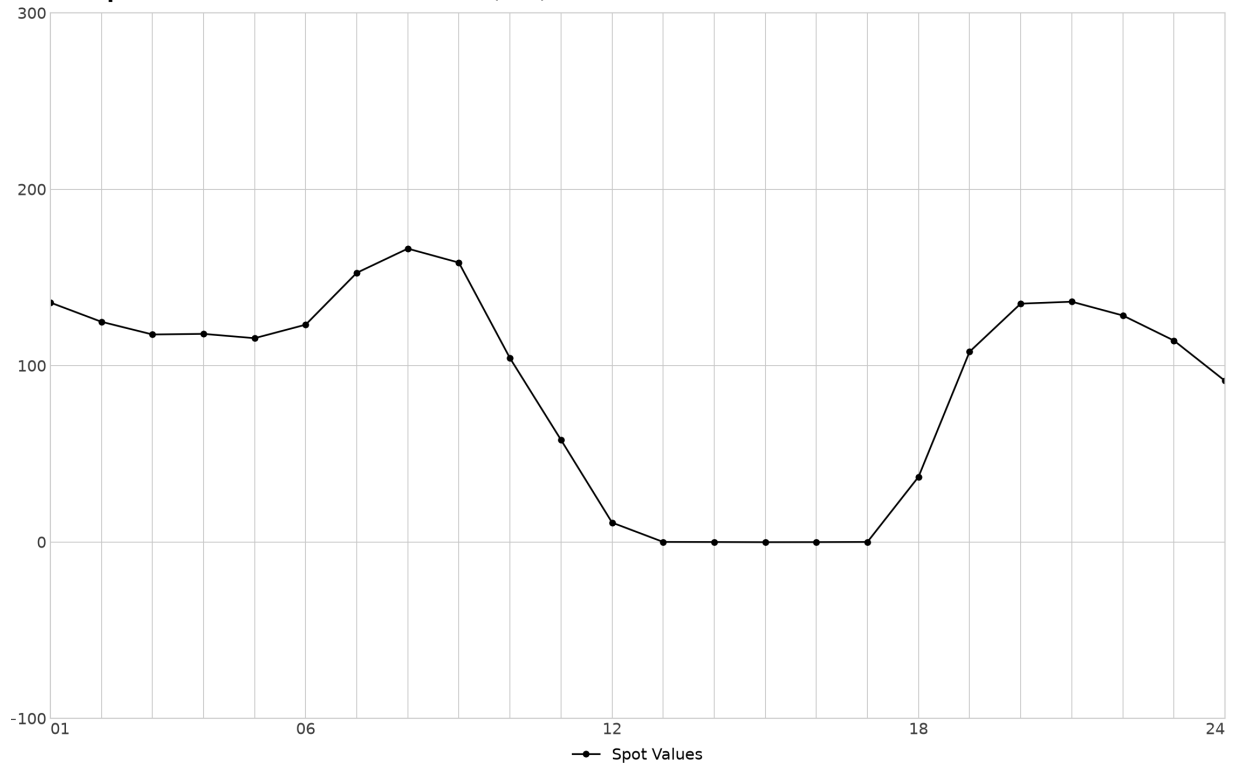
Die Einspeiseleistung der Erneuerbaren dürfte den Meteorologen von Eurowind zufolge am Freitag mit 45 Gigawatt deutlich höher ausfallen als noch am Donnerstag, für den 35 Gigawatt in Aussicht gestellt wurden. Dabei soll es vor allem windiger werden. Für Samstag wird ein weiterer Anstieg erwartet, bevor die Werte wieder zurückgehen dürften. Das US-Wettermodell sieht für die kommenden vierzehn Tage stark schwankende, zumeist überdurchschnittliche Windstrom-Beiträge. Die Temperaturen dürften zwischen dem 9. und dem 13. September in den unterdurchschnittlichen Bereich fallen. Am langen Ende sank das Cal 27 um 0,92 auf 121,44 Euro je Megawattstunde.

CO₂: Schwächer haben sich die CO₂-Preise am Donnerstag präsentiert. Der Dec 26 verlor bis gegen 14.00 Uhr 0,89 auf 83,18 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 10,5 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 84,10 Euro, das Tief bei 83,02 Euro. Da sich bei den Energieflüssen durch den Nahen Osten bislang keine Entspannung abzeichnet und die europäischen Gasspeicher deutlich unter dem saisonüblichen Niveau liegen, liefern die Gaspreise aktuell laut Marktteilnehmern einen klaren wirtschaftlichen Anreiz zum Wechsel von Gas zu Kohle. Dies verleihe auch den Bullen am CO₂-Markt zusätzlichen Rückenwind, so die Analysten von Redshaw Advisors.

Erdgas: Die europäischen Gaspreise haben am Donnerstag nachgegeben. Der Frontmonat am niederländischen TTF verlor bis gegen 14.00 Uhr 0,35 auf 73,20 Euro je Megawattstunde. Am Vortag waren die Preise auf den höchsten Stand seit mehr als drei Jahren gestiegen. Für Entlastung sorgten Äußerungen von US-Präsident Donald Trump, wonach die wieder aufgenommenen Angriffe gegen Iran nicht lange andauern würden, wie Trading Economics berichtet. Trump warnte zugleich, dass Teheran mit massiven Angriffen rechnen müsse, falls der Konflikt um die Straße von Hormus ungelöst bleibe. Die jüngste Eskalation führte zu den intensivsten gegenseitigen Angriffen seit Juli. Beide Seiten zeigen bislang keine Bereitschaft, ihren Anspruch auf die Kontrolle der strategisch wichtigen Wasserstraße aufzugeben.

Rund ein Fünftel des weltweiten LNG-Handels passiert normalerweise die Straße von Hormus, wobei ein Großteil der Lieferungen aus Katar stammt. Mit Blick auf die näher rückende Heizperiode bleibt der europäische Gasmarkt daher anfällig für länger anhaltende Lieferunterbrechungen am Persischen Golf. Verstärkt wird das Versorgungsrisiko durch die weiterhin unter dem saisonüblichen Niveau liegenden Füllstände der europäischen Gasspeicher. (map) // [VON MARIE PFEFFERKORN](#)

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

Strom Terminmarkt

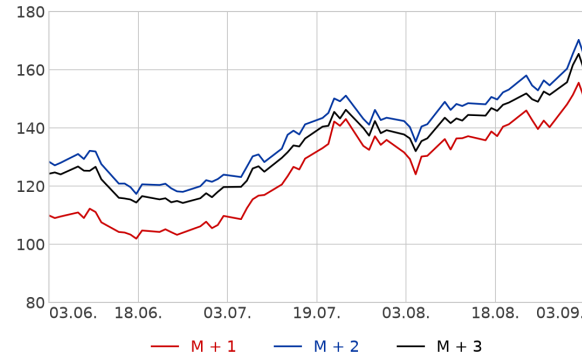
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	03.09.26	German Power Oct-2026	149,98
M2	03.09.26	German Power Nov-2026	164,46
M3	03.09.26	German Power Dec-2026	159,56
Q1	03.09.26	German Power Q4-2026	157,93
Q2	03.09.26	German Power Q1-2027	153,51
Q3	03.09.26	German Power Q2-2027	102,49
Y1	03.09.26	German Power Cal-2027	120,68
Y2	03.09.26	German Power Cal-2028	94,75
Y3	03.09.26	German Power Cal-2029	84,30

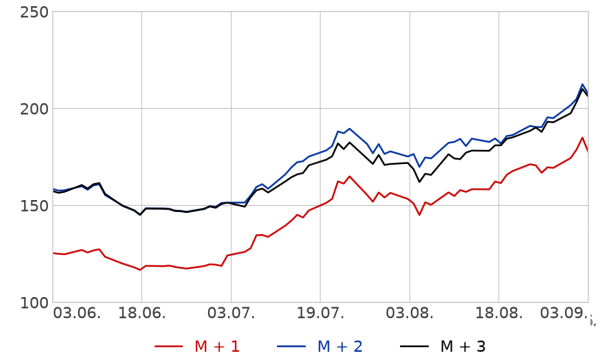
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	03.09.26	German Power Oct-2026	177,64
M2	03.09.26	German Power Nov-2026	207,57
M3	03.09.26	German Power Dec-2026	206,16
Q1	03.09.26	German Power Q4-2026	197,10
Q2	03.09.26	German Power Q1-2027	177,93
Q3	03.09.26	German Power Q2-2027	86,69
Y1	03.09.26	German Power Cal-2027	127,43
Y2	03.09.26	German Power Cal-2028	102,53
Y3	03.09.26	German Power Cal-2029	90,66

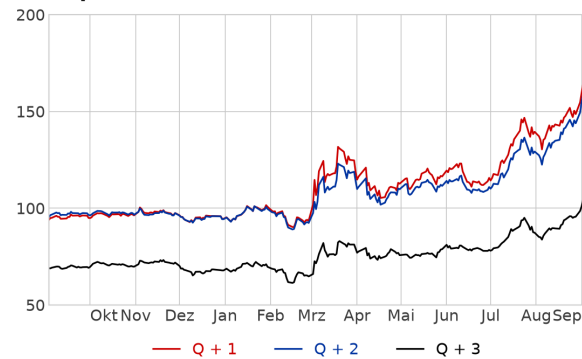
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



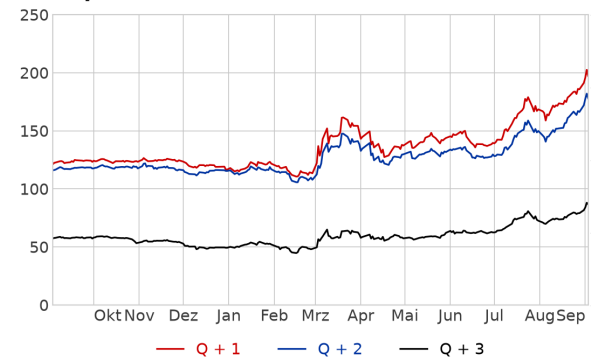
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



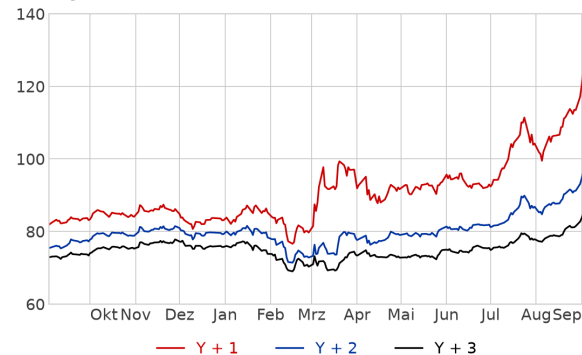
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



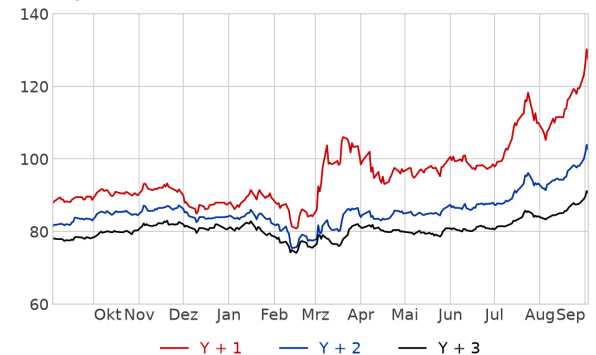
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)

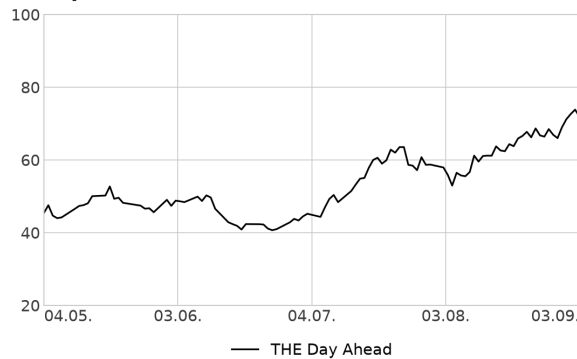


Gas Spot- und Terminmarkt

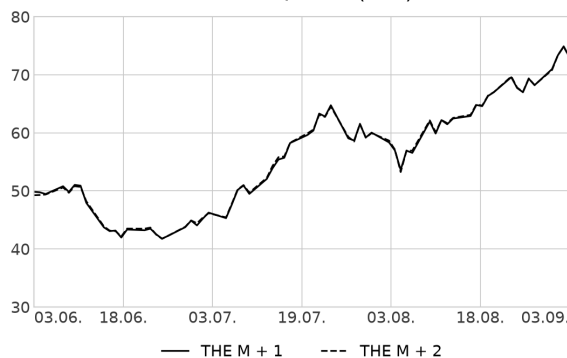
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	03.09.26	German THE Gas Oct-2026	73,01
M2	03.09.26	German THE Gas Nov-2026	73,01
Q1	03.09.26	German THE Gas Q4-2026	73,00
Q2	03.09.26	German THE Gas Q1-2027	70,87
S1	03.09.26	German THE Gas Win-2026	71,95
S2	03.09.26	German THE Gas Sum-2027	49,70
Y1	03.09.26	German THE Gas Cal-2027	53,86
Y2	03.09.26	German THE Gas Cal-2028	36,42

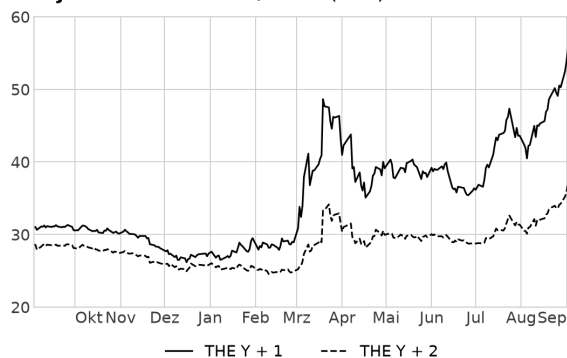
EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	03.09.26	88,95	EUR/MWh
Germany Spot peak	03.09.26	50,91	EUR/MWh
EUA Oktober	03.09.26	82,98	EUR/tonne
Coal API2 Oktober 2026	02.09.26	135,80	USD/tonne

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day AI	03.09.26	71,89	EUR/MWh
German THE Gas Oct-20	03.09.26	73,01	EUR/MWh
German THE Gas Cal-20	03.09.26	53,86	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jul-2026	03.09.26	95,52	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Geschäftsführer (m/w/d) Erneuerbare Energien

Geschäftsführer (m/w/d) für NaturEnergy & NaturStromProjekte. Führe die Energiewende strategisch ...
in Bamberg (+1 weiterer Standort)

06.08.2026

● Vorstand/Geschäftsführung



Gartenlandschaftsbauer (m/w/d)

Wir sind OBI. Als Team geben wir gemeinsam alles, um die kleinen und großen Projekte unserer Kund:i...
in Ottersberg

vor 2 h

● Ausbildung / Freie Mitarbeit ● Weiterbildung / Sabbatical



Ingenieur (m/w/d) Energiewirtschaft (Ingenieur/in - Energietechnik)

MITNETZ STROM ist der größte regionale Verteilernetzbetreiber in Mitteldeutschland. Du suchst eine ...
in Taucha

vor 2 h



Ingenieur Elektrotechnik für die Prüfung von Sicherheitsstromversorgungen (w/m/d)

Innovationen bringen tiefgreifende Veränderungen mit sich und beeinflussen unser Leben in vielfältige...
in Filderstadt

vor 2 h

● Ausbildung ● Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit



Erfahrener Elektroingenieur (m/w/d) für nationale Wind- und Solarenergieprojekte

Bring frischen Wind in dein Berufsleben! Wir bei wpd entwickeln und betreiben Onshore-Wind- und Sol...
in Berlin

vor 2 h

● Freie Mitarbeit

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



Über E&M



E&M Anzeigen-Vertrieb



E&M Mediadaten



E&M Zeitung



E&M Termine



E&M Shop



E&M Firmendatenbank



E&M Glossar

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

